

Petra JÄHNKE und Katrin LOMPSCHER, Erkner bei Berlin

Tendenzen des siedlungsstrukturellen Wandels in den dünnbesiedelten Räumen Brandenburgs

Vorbemerkungen

Entleerung, Überalterung, drohende Verödung — das sind die Schlagworte, mit denen die Entwicklungsperspektiven dünnbesiedelter Räume gegenwärtig umschrieben werden. Insbesondere für Brandenburg — das größte Flächenland im Osten Deutschlands (mit den Begriffen Ostdeutschland bzw. Osten Deutschlands wird das Gebiet der neuen Bundesländer umschrieben) und neben Mecklenburg-Vorpommern auch am dünnsten besiedelt — wäre das eine ernüchternde und politisch nicht zu vertretende Aussicht. Allerdings sind die dünnbesiedelten Räume weder homogen in ihrer inneren Struktur noch in Bezug auf ihre Einbindung in die räumliche Gesamtstruktur des Landes. Die sich daraus ergebenden differenzierten Entwicklungsperspektiven erfordern ein flexibles planerisches und regionalpolitisches Herangehen und Steuerungsinstrumentarium. In diesem Kontext ist die Auseinandersetzung mit den Problemen dünnbesiedelter Räume aus raumordnerischer Sicht gerade in Brandenburg eine wichtige Aufgabe.

1. Allgemeine Rahmenbedingungen

1.1 Raumordnerischer Bezugsrahmen

Die wichtigste Aufgabe von Raumordnung und Landesplanung besteht darin, durch die Schaffung raumstruktureller Voraussetzungen die Funktionsfähigkeit von Wirtschaft und Siedlungsstruktur zu gewährleisten bzw. wiederherzustellen. Die räumliche Gesamtstruktur ist somit die Vergegenständlichung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse und -ziele. Die Siedlung kann als „Integral von Mensch, Raum und Gesellschaft“ (BOUSTEDT 1975) bezeichnet werden, und die Siedlungsstruktur im raumplanerischen Sinne beschreibt „das Ineinandergreifen von bebauten Gebieten und freier Landschaft“ (HUBER et al. 1992). Als Leitvorstellungen der Raumordnung werden im § 1 des Bundesraumordnungsgesetzes (ROG) genannt:

- die freie Entfaltung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft,
- Schutz, Pflege und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen,
- das langfristige Offenhalten der Gestaltungsmöglichkeiten der Raumnutzung sowie
- die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen.

Darüber hinaus sollen der räumliche Zusammenhang zwischen Ost und West beachtet und verbessert, Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit im europäischen Raum geschaffen sowie die Wechselwirkungen zwischen Teilräumen und Gesamttraum berücksichtigt werden. Dies alles soll unter Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten, der Bevölkerungsentwicklung sowie wirtschaftlicher, infrastruktureller, sozialer und kultureller Erfordernisse erfolgen.

Eines der Hauptziele der Raumordnungspolitik ist es also, zum Ausgleich räumlicher Disparitäten bei Wirtschafts-, Infra-, Sozial-, Siedlungs- und Freiraumstruktur beizutragen. Stabilisierungs-, Entwicklungs- und Ausgleichsziel stehen dabei gleichberechtigt nebeneinander.

In dem Aufsatz soll es insbesondere um die Frage gehen, welche raumordnerischen und regionalpolitischen Probleme in den dünnbesiedelten Räumen Brandenburgs bestehen und welche Maßnahmen notwendig sind, um die oben genannten Ziele der Raumordnung hier umsetzen zu können.

1.2 Raumrelevante Aspekte des sozioökonomischen Wandels in den neuen Bundesländern

Mit der Einheit Deutschlands sowie der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraumes haben sich die Rahmenbedingungen der sozialräumlichen Entwicklung wesentlich geändert. Der gesellschaftliche Umstrukturierungsprozeß im Osten hat zu einem Strukturbruch geführt und nach mittlerweile vier Jahren sehr differenzierte Ergebnisse hervorgebracht. Einerseits sind infrastrukturelle, bauliche und technologische Modernisierung in großem Umfang sowie eine umfassende gesellschaftliche und administrative Neuordnung zu verzeichnen. Andererseits sind ganze Industrieregionen zusammengebrochen, setzt sich die Abwanderung vor allem jüngerer und höher qualifizierter Menschen fort, werden noch immer mehr Arbeitsplätze abgebaut als neu geschaffen. Seit 1989 hat sich die Einwohnerzahl in den neuen Bundesländern um über eine Millionen Personen verringert. Die Zahl der Arbeitsplätze ist um mehr als ein Drittel zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit liegt in den neuen Ländern bei rund 15 Prozent und ist damit fast doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Am stärksten betroffen ist der Industriesektor, in dem nur noch ein Fünftel der früheren Arbeitsplätze existiert. Der Industrialisierungsgrad in Ostdeutschland ist unter das Niveau der ärmsten EU-Staaten gesunken.

Der Anteil der Beschäftigten in landwirtschaftlichen Betrieben (und deren nichtlandwirtschaftlichen Nebenbetrieben) hat sich von 1989 bis Mitte 1993 in den neuen Bundesländern auf weniger als ein Fünftel reduziert. Landwirtschaft als Haupterwerbszweig gibt es im ländlichen Raum angesichts ungünstiger Rahmenbedingungen (Marktverdrängung einheimischer landwirtschaftlicher Produk-

te, Finanzprobleme der Produzenten, Vermarktungsdefizite, geringe Bodenklimazahlen) in vielen Regionen nicht mehr. Die Restrukturierungschancen der hier ansässigen Industrie sind wegen der Verknüpfung mit der Landwirtschaft und dem im Vergleich zu Verdichtungsräumen meist geringeren technologischen Niveau noch skeptischer zu beurteilen. Infolge der Verschlechterung der Erwerbsgrundlagen setzt sich die Abwanderung (z. T. als Pendelwanderung) vor allem der mobilen erwerbsfähigen Bevölkerung fort. Das infrastrukturelle Versorgungsniveau kann aus finanziellen Gründen kaum noch aufrechterhalten, geschweige denn verbessert werden, die Lebensqualität sinkt und der Abwanderungsdruck wächst weiter. Dadurch verschlechtern sich die regionalwirtschaftlichen Stabilisierungschancen weiter und es entsteht ein Teufelskreis für die betroffenen Regionen.

Die baulich-räumlichen Bedingungen sowie der Zustand der natürlichen Umwelt wirken problemverschärfend. Zum einen sind sie als Standortfaktoren mit ausschlaggebend für das Ansiedlungsinteresse von Unternehmen. Zum anderen bestimmen sie die Lebensqualität der Menschen und beeinflussen das Wanderverhalten entscheidend. Aufgrund dieser Problemlage sind die Kommunen in Ostdeutschland bemüht, durch die Neuausweisung und Erschließung gewerblicher Flächen räumliche Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen. Die Bauflächenentwicklung vollzieht sich gegenwärtig weitgehend im Außenbereich der Siedlungen und ist insgesamt extensiv und außerordentlich dispers. Die wirtschaftlichen Aktivitäten und das tatsächliche Ansiedlungsgeschehen konzentrieren sich jedoch auf die traditionell infrastrukturell gut erschlossenen Verdichtungsräume (Berlin, Dresden, Leipzig/Halle, mit Abstrichen Magdeburg) sowie auf die Räume mit überregional bedeutsamen Straßenverkehrsachsen. Dadurch wird zum einen ein Sog ausgelöst, der leicht zu einer Überlastung dieser Agglomerationsräume führen kann. Zum anderen läuft die beginnende Zersiedelung der Landschaft raumordnerischen und ökologischen Ansprüchen zuwider (Zerstörung wertvoller Naturräume, wachsendes Verkehrsaufkommen u. a.). Trotz erkennbarer Verbesserungen der infrastrukturellen Ausstattung auch in dünnbesiedelten Räumen (z. B. Straßenbau, Wasserversorgung, Telekommunikation) verschlechtern sich die Entwicklungschancen der peripheren Regionen weiter. Damit besteht die Gefahr, daß räumliche Disparitäten und Polarisierung sich verschärfen.

1.3 Die Spezifik des Raumes Brandenburg-Berlin

Im Großraum Brandenburg-Berlin treffen die Gegensätze zwischen alten und neuen Bundesländern sowie die damit verbundenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Auswirkungen der deutschen Einheit am unmittelbarsten und deshalb auch am härtesten aufeinander. Hinzu kommt das Spannungsverhältnis von dominierender Kernstadt und weitgehend ländlich geprägten Gebieten. Berlin, die mit 3,4 Mio. Einwohnern größte Stadt Deutschlands, steht sowohl im Netz der europäischen Metropolen als auch als Brücke nach Osteuropa vor riesigen Entwicklungsansprüchen. Außerdem spiegeln sich innerhalb des Stadtraums

die deutsch-deutschen Unterschiede und Transformationsprobleme auf engstem Raum.

Auf der anderen Seite, Berlin umschließend, Brandenburg, geprägt durch ein historisch gewachsenes Siedlungsnetz, hochwertige weitgehend intakte Naturräume und eine differenzierte Kulturlandschaft. Brandenburg mit der Landeshauptstadt Potsdam ging bei der Neugliederung der Länder in Ostdeutschland 1990 aus den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder), Teilen des Bezirkes Cottbus sowie einzelnen Kreisen und Gemeinden der Bezirke Schwerin und Neubrandenburg hervor. Bis auf einzelne Industriezentren im Norden und im Umland Berlins, dem südbrandenburgischen Industriegürtel und die damit verknüpften Braunkohlegebiete um Cottbus ist das Land überwiegend agrarisch geprägt. Die Einwohnerverteilung und Gemeindegrößenstruktur sind räumlich sehr differenziert. Die Einwohnerdichte ist seit 1989 von rund 91 EW/km² auf gegenwärtig rund 86 EW/km² zurückgegangen. Fast die Hälfte der Bevölkerung Brandenburgs lebt in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern. Nahezu zwei Drittel aller Gemeinden haben weniger als 500 Einwohner, hier lebt rund ein Achtel der Bevölkerung des Landes.

Im Gegensatz zu anderen Großstadträumen in Deutschland und Europa hat sich im Raum Brandenburg-Berlin keine Agglomeration im Sinne eines weit über die Stadt hinausgehenden Verdichtungsraumes herausgebildet. Neben vielfältigen historischen Ursachen (wie späte Industrialisierung, Bildung von Groß-Berlin 1920) ist der entscheidende Grund für die geringe Suburbanisierung im Umfeld der Metropole die Entwicklung der Nachkriegszeit. Durch die Isolierung West-Berlins sind traditionelle Beziehungen völlig unterbrochen worden, jegliche extensive Siedlungsentwicklung war ausgeschlossen. Daß auch im Ostteil des Raumes Berlin kaum Suburbanisierungstendenzen feststellbar sind, hat hingegen seine Ursache im planwirtschaftlichen Gesellschaftssystem (u. a. zentrale Investitionssteuerung, fehlender Bodenmarkt) und der beschränkten ökonomischen Potenz der DDR.

Die Spezifik des Raumes Brandenburg-Berlin besteht im wesentlichen darin, daß sich hier die Transformationsprozesse des gesellschaftlichen Umbruchs und der Metropolenentwicklung überlagern. Zusätzliche Probleme ergeben sich aus strukturellen Interessengegensätzen sowie problematischen Abstimmungs- und Kooperationsbeziehungen zwischen den Ländern Brandenburg und Berlin, die im Zuge der Bemühungen um eine baldige Fusion beider Länder überwunden werden sollen.

Berlin und sein Umland (engerer Verflechtungsraum) sind derzeit einem enormen Siedlungsdruck ausgesetzt, mit der Gefahr der Wiederholung bekannter Fehlentwicklungen aus anderen Verdichtungsräumen. Die Metropole übt aufgrund ihres Wirtschafts- und Innovationspotentials, ihrer Bedeutung als Kommunikations- und Dienstleistungszentrum und ihrer zukünftigen Hauptstadtfunktion überregional eine große Anziehungskraft für Gewerbe- und Wohnansiedlungen aus, während die übrigen Räume (äußerer Entwicklungsraum) bei einer ausschließlich marktgesteuerten Entwicklung auf die Erfüllung von ökologischen und infrastrukturellen Hilfsfunktionen reduziert werden. Die aktuelle räumliche Entwicklung ist durch eine eindeutige Konzentration von Vorhaben auf den engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin gekennzeichnet. Allein im gewerb-

lichen Bereich sind fast zwei Drittel aller Entwicklungsplanungen hier lokalisiert. Dadurch entsteht eine Sog-Wirkung, die zu einem Leerlaufen der Berlin fernen Landesteile führen kann und zum Teil bereits führt. Eine Korrektur dieser Entwicklungstrends ist im Sinne der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen dringend geboten. Sie erfordert jedoch eine differenzierte, gesamtträumliche Betrachtung und beispielsweise eine zielgerichtete Förderung der benachteiligten Regionen (s. Pkt. 4).

2. Abgrenzung des dünnbesiedelten Raumes

Anhand der differenzierten räumlichen Verteilung der kleinen Gemeinden in Brandenburg (vgl. Abb. 1) wird deutlich, daß auf dieser Basis eine Abgrenzung des dünnbesiedelten Raumes nur schwer möglich ist. Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern befinden sich sowohl im unmittelbaren Umland Berlins, als auch in anderen Landesteilen. Insofern ist dünne Besiedelung gerade im Raum Brandenburg-Berlin nicht gleichzusetzen mit Peripherie oder Benachteiligung. Die Tragfähigkeit eines Raumes, das heißt die Stabilität bzw. die Möglichkeiten der Stabilisierung der notwendigen Existenzgrundlagen für die dort lebenden Menschen, läßt sich nicht allein anhand von Gemeindegrößen und Bevölkerungsdichten bewerten.

Als Grenzwert für die Abgrenzung dünnbesiedelter Räume wird zunächst eine Bevölkerungsdichte von 100 EW/km² gewählt¹ (vgl. Abb 2). In Brandenburg wird lediglich in Teilen des Berliner Umlandes, im südbrandenburgischen Industriegürtel und Braunkohlegebiet sowie im Umland der Stadt Eberswalde² eine höhere Bevölkerungsdichte erreicht³. Nahezu die Hälfte aller dünnbesiedelten Kreise weist sogar nur eine Bevölkerungsdichte von weniger als 50 EW/km² auf. Eine solch extrem dünne Besiedelung ist in der Bundesrepublik ansonsten nur noch in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen-Anhalt (Altmark) sowie im ostniedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg anzutreffen⁴. Die periphere Lage in Bezug auf die europäischen Entwicklungszentren und Handelswege, die meist geringen landwirtschaftlichen Ertragschancen aufgrund schlechter Böden sowie die fast ausschließliche Konzentration der Industrieansiedlungen auf Berlin und sein Umland sind die wesentlichen historischen Gründe für die dünne Besiedelung in weiten Teilen Brandenburgs. Strukturpolitische Maßnahmen zu DDR-Zeiten haben — bis auf den Ausbau der Energiewirtschaft im Raum Cottbus und den Aufbau einzelner Industriezentren, vor allem in nördlichen Landesteilen — daran nur wenig geändert.

Da die räumliche Entwicklung der dünnbesiedelten Bereiche wesentlich von der Verflechtung mit nahegelegenen städtischen Zentren, von deren Entwicklungsansprüchen und Ausstrahlungskraft abhängt, ist die Bevölkerungsdichte als Abgrenzungskriterium nicht ausreichend. Trotz ebenfalls dünner Besiedelung sind im Einzugsbereich dieser Städte andere Tendenzen der Entwicklung als in eher ländlich geprägten Regionen zu erwarten und teilweise bereits zu beobachten. Die Einbindung der Kreise in die räumliche Gesamtstruktur (Agglomera-

Abb.1: Gemeindegrößenstruktur nach der Anzahl der Einwohner (1992)
Raum Brandenburg-Berlin

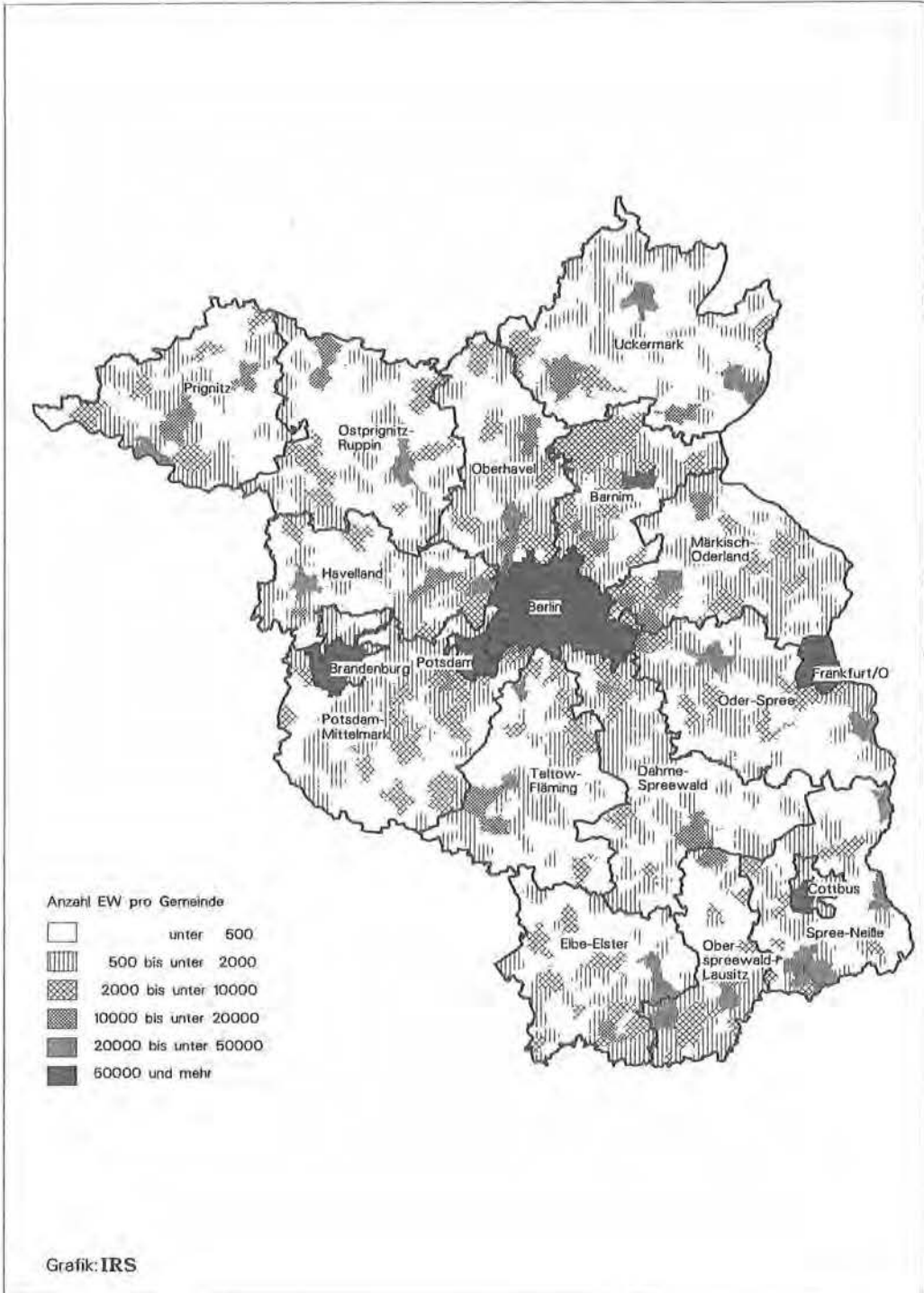
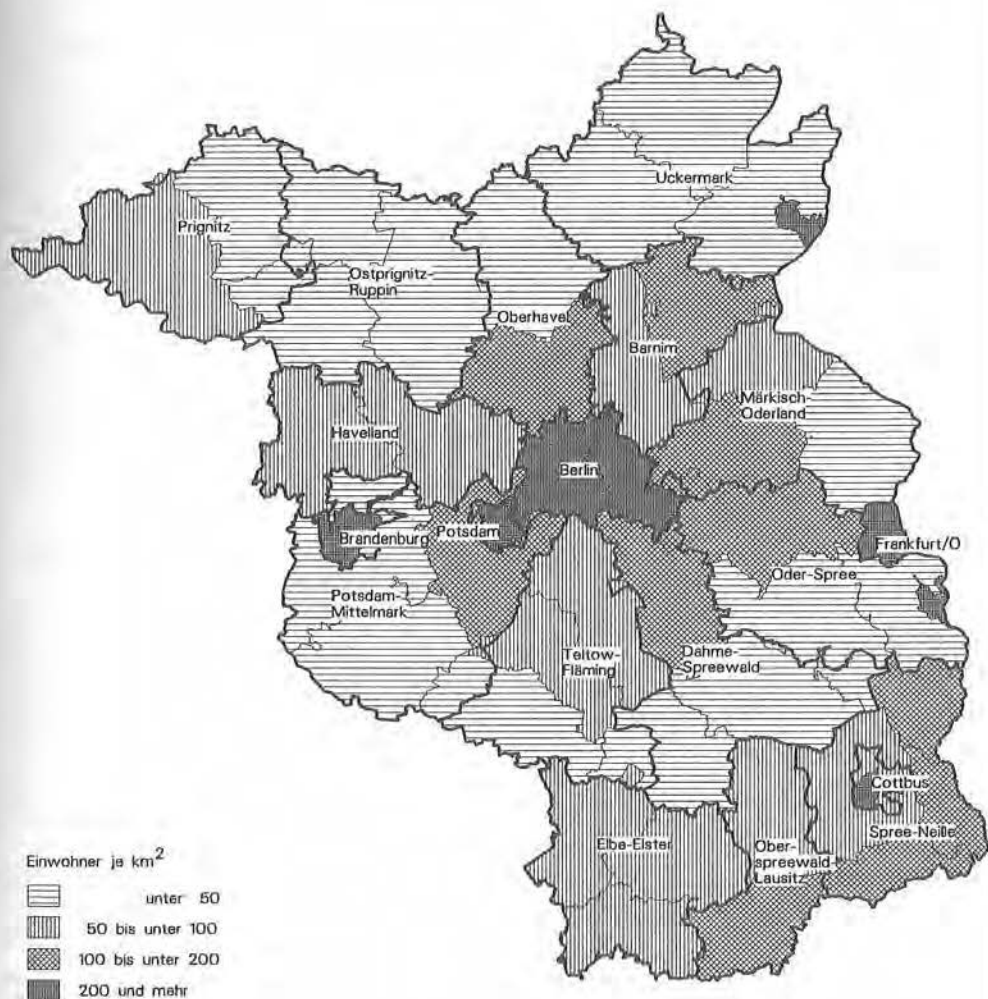


Abb. 2: Bevölkerungsdichte nach Kreisen (1992)
Raum Brandenburg-Berlin



Grafik: IRS

tionsgrad) des Landes kann vereinfacht anhand der siedlungsstrukturellen Kreistypen⁵ dargestellt werden.

Durch die Überlagerung von siedlungsstruktureller Kreistypik und Bevölkerungsdichte ist die Bildung von drei Gruppen dünnbesiedelter Kreise möglich (vgl. Abb. 3):

- Umland der Metropole Berlin — ländliche Kreise in Regionen mit großem Verdichtungsraum,
- Umland größerer brandenburgischer Städte⁶ — ländliche Kreise in Regionen mit Verdichtungsansätzen,
- Sonstige Räume außerhalb des unmittelbaren Einzugsbereiches größerer Städte — ländliche und verdichtete Kreise in ländlichen Regionen.

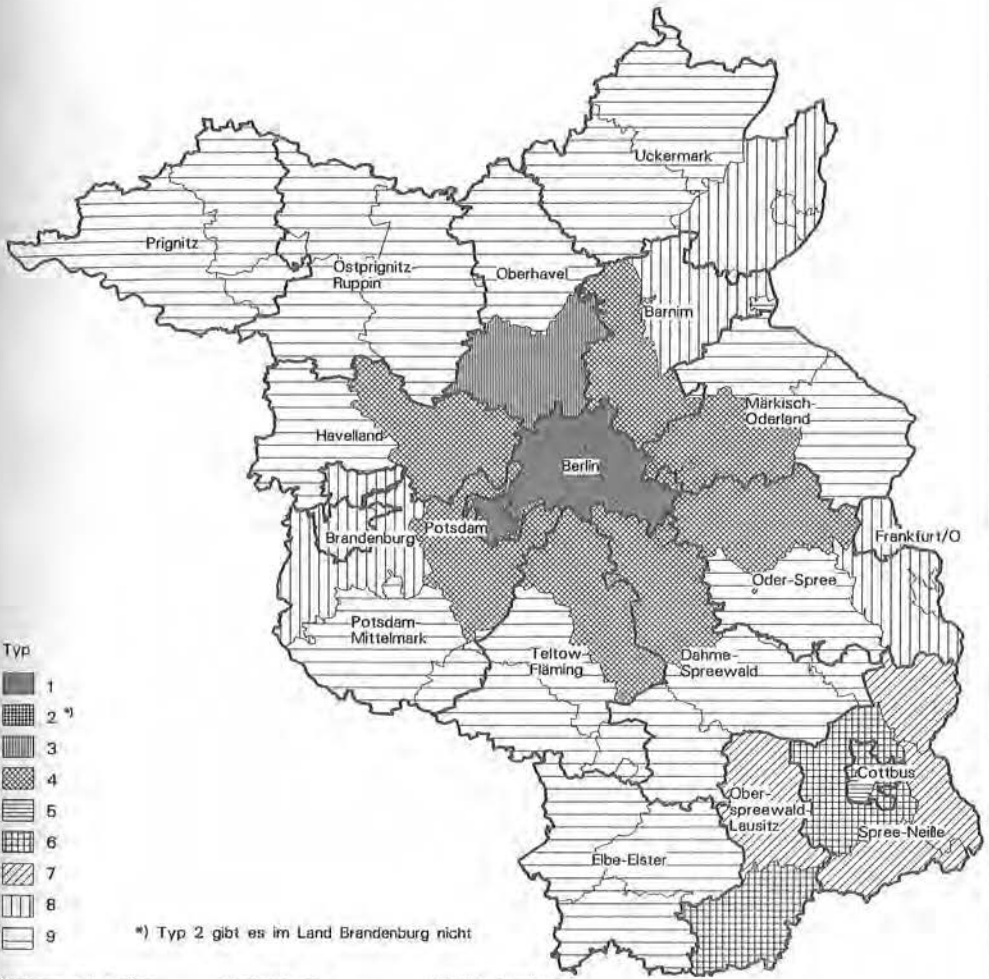
Anhand dieser Gruppierung (die allerdings keine exakte Regionsabgrenzung darstellt) können unterschiedliche siedlungsstrukturelle Veränderungen seit 1989 beschrieben werden.

Im Umlandbereich Berlins sind beginnende Suburbanisierungstendenzen mit unterschiedlicher Dynamik festzustellen. Insbesondere im westlichen und südlichen Umland (ehemalige Kreise Nauen, Potsdam-Land, Zossen, Königs Wusterhausen) vollziehen sich Neuansiedlungen von Gewerbe-, Einzelhandels- und Wohnstandorten in großem Umfang, so daß diese Räume ihren Charakter grundlegend ändern. Für Landwirtschaft, Gastronomie und freizeitbezogene Dienstleistungsangebote ergeben sich in den verkehrlich gut erreichbaren und landschaftlich attraktiven ländlichen Gemeinden durch die räumliche Nähe zu Abnehmern und Interessenten in Berlin bessere Restrukturierungschancen. Das Berliner Umland, einschließlich Potsdam, unterliegt somit besonderen Entwicklungsprozessen. In Abhängigkeit von Intensität und Qualität der bereits bestehenden oder sich herausbildenden regionalen Verflechtungen ergeben sich daher für die dünnbesiedelten Bereiche im Umland Berlins mit Blick auf das Ausgleichsziel der Raumordnung tendenziell günstige Entwicklungsperspektiven. Die innere Differenziertheit der Stadt-Umlandkreise und die Tatsache, daß die Ausstrahlungskraft der Metropole nicht deren gesamtes Gebiet erfaßt, wird auch künftig dazu führen, daß sich in der Nähe Berlins dünnbesiedelte Bereiche befinden werden, deren Entwicklung sich von den agglomerationsferneren jedoch stark unterscheiden wird.

In den Umlandbereichen der größeren Städte Brandenburgs vollziehen sich ebenfalls Prozesse der Suburbanisierung, gemessen an den Stadtgrößen sogar in stärkerem Maße als im Berliner Umland. Insbesondere die Entstehung großflächiger Einzelhandelseinrichtungen, neuer Gewerbe- und Wohngebiete an den Rändern der Städte hat bereits zu einer siedlungsstrukturellen Schwerpunktverschiebung geführt. Die Umlandgemeinden von Frankfurt (Oder), Cottbus und Brandenburg profitieren so von den traditionellen Bindungen und können ihre Entwicklungskonzepte an der künftigen Profilierung dieser Städte orientieren.⁷

Unter dem Begriff „dünnbesiedelter Raum“ werden im folgenden die ländlich geprägten Regionen mit geringem regionalen Integrationsgrad zusammengefaßt (vgl. Abb. 4). Bezogen auf die siedlungsstrukturelle Kreistypik sind das die ländlichen Kreise in ländlich geprägten Regionen, ergänzt um den Kreis Angermünde und die Stadt Schwedt⁸. Anhand der geographischen und raumstrukturellen Lage werden drei Teilräume (Oderraum, Nordraum, Südraum) abgegrenzt,

Abb. 3: Siedlungsstrukturelle Kreistypen
Raum Brandenburg-Berlin



Regionen mit großen Verdichtungsräumen

- 1 Kernstädte
- 2 Hochverdichtete Kreise
- 3 Verdichtete Kreise
- 4 Ländliche Kreise

Regionen mit Verdichtungsansätzen

- 5 Kernstädte
- 6 Verdichtete Kreise
- 7 Ländliche Kreise

Ländlich geprägte Regionen

- 8 Verdichtete Kreise
- 9 Ländliche Kreise

— neue Kreisgrenze
— alte Kreisgrenze

Grafik: IRS

Abb. 4: Brandenburg — Abgrenzung des dünnbesiedelten Raumes



für die im weiteren Tendenzen des siedlungsstrukturellen Wandels dargestellt werden:

- Der Oderraum besteht aus den ehemaligen Kreisen Angermünde (einschließlich Schwedt), Bad Freienwalde und Seelow.⁹
- Der Nordraum umfaßt die ehemaligen Kreise Prenzlau, Templin, Gransee, Neuruppin, Rathenow, Kyritz, Wittstock, Pritzwalk und Perleberg.
- Zum Südraum gehören die ehemaligen Kreise Belzig, Luckenwalde, Jüterbog, Luckau, Lübben, Calau, Herzberg, Finsterwalde und Bad Liebenwerda.

3. Siedlungsstruktureller Wandel im dünnbesiedelten Raum

Die siedlungsstrukturelle Entwicklung vollzieht sich in Abhängigkeit von politischen, wirtschaftlichen, demographischen, infrastrukturellen sowie naturräumlichen Bedingungen und Anforderungen. Der Zeitraum seit 1989 ist zu kurz, um neben den transformationsbedingten Veränderungen spezifische und regional differenzierte Trends der räumlichen Entwicklung — mit Ausnahme der Suburbanisierung — eindeutig zu bestimmen. Die Rückwirkungen demographischer und wirtschaftsstruktureller Veränderungen auf die räumliche Entwicklung vollziehen sich vielfach mit Verzögerungen und in längeren Zeiträumen. Insofern können zum jetzigen Zeitpunkt nur die Anfänge des siedlungsstrukturellen Wandels beschrieben werden, differenziert nach Bevölkerungs-, wirtschaftlicher, baulich-räumlicher sowie funktioneller Entwicklung.

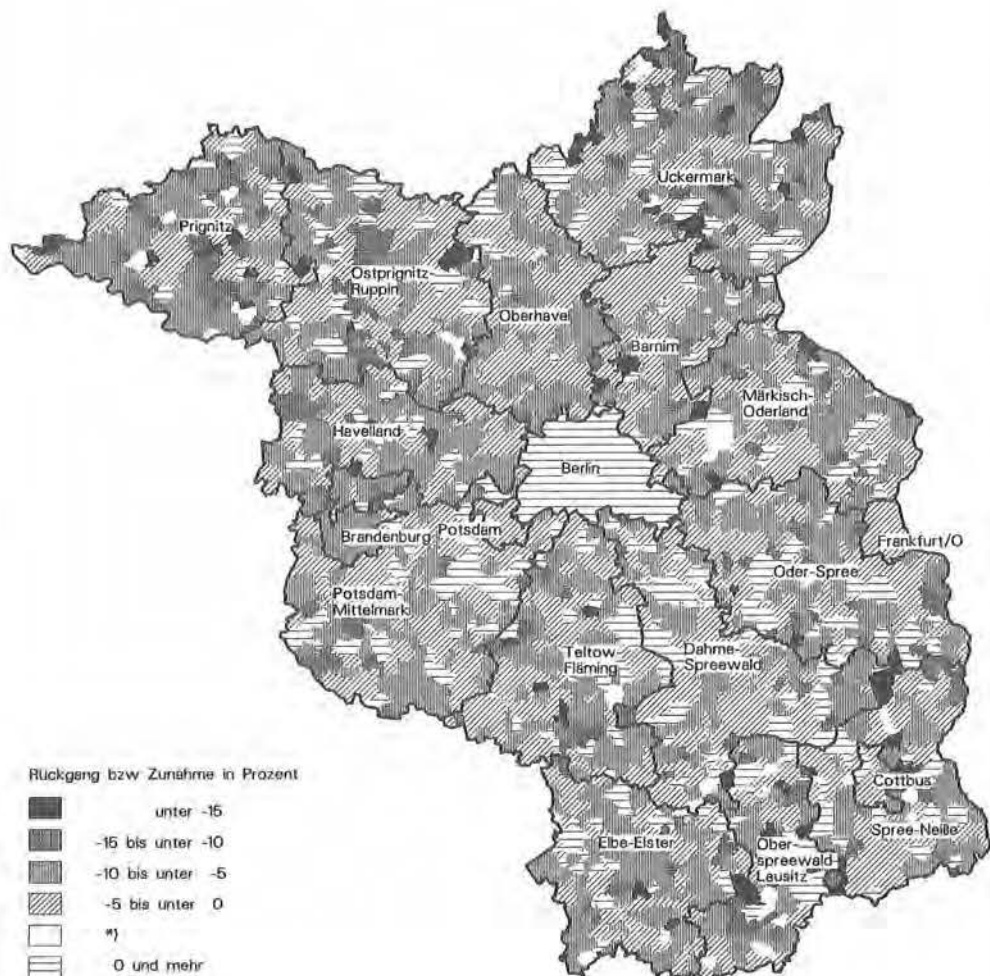
3.1 Bevölkerungsentwicklung

Die Einwohnerzahl des jetzigen Landes Brandenburg verringerte sich von 1988 bis 1993 um rund fünf Prozent (vgl. Abb. 5). Seit 1992 ist eine Stabilisierung erkennbar. Im dünnbesiedelten Raum Brandenburgs lebten 1988 rund 37 Prozent der Gesamtbevölkerung, knapp eine Millionen Personen. Diese Relation hat sich seit dem gesellschaftlichen Umbruch 1989 nicht wesentlich verändert. Das heißt, hier sind die Abwanderungen nach der Wende trotz der Strukturschwäche nicht größer als im Landesdurchschnitt.

Wenn man einen längeren Zeithorizont betrachtet, sind sowohl regional als auch in Abhängigkeit von der Gemeindegrößenstruktur Differenzierungen bei der Bevölkerungsentwicklung erkennbar. Die stärksten Bevölkerungsrückgänge im gesamten Landesgebiet haben in den 50er und 60er Jahren stattgefunden. Dieser Rückgang setzte sich nach dem Mauerbau in den dünnbesiedelten und peripheren Landesteilen in geringerem Umfang fort, während im Landesgebiet insgesamt — auch im Zusammenhang mit der staatlichen Investitionspolitik — die Einwohnerzahl leicht anstieg (vgl. Tab. 1).

Bei der Einwohnerentwicklung in Abhängigkeit von der Gemeindegröße sind zwei gegenläufige Tendenzen erkennbar (vgl. Tab. 2). In den Gemeinden kleiner 10 000 Einwohner ist ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, der in

Abb. 5: Bevölkerungsentwicklung nach Gemeinden (1988 bis 1992)
Raum Brandenburg-Berlin



*) keine Angaben

Grafik: IRS

den kleinsten Gemeinden am stärksten war. In den Gemeinden mit mehr als 10 000 nahm die Bevölkerungszahl bis 1988 stetig zu, wobei die größten Städte auch den größten Zuwachs erreichten. Signifikant ist insgesamt, daß der Bevölkerungsrückgang ab 1989 unabhängig von der Siedlungsgröße nachweisbar ist.

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung im dünnbesiedelten Raum (in %)

Jahr	Oderraum	Nordraum	Südraum	dünnbesiedelter Raum insgesamt	Land Brandenburg
1971	101	101	103	103	96
1981	102	101	101	101	100
1988	100	100	100	100	100
1989	99	102	99	99	99
1990	98	101	98	97	96
1991	95	99	96	95	95
1992	95	97	95	95	95
1993	95	97	94	96	95

Quellen: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Brandenburg; eigene Berechnungen

Tab. 2: Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg 1971 bis 1992 nach Gemeindegrößengruppen (in %)

Jahr	< 500 EW	500 bis 2000 EW	> 2000 bis 10 000 EW	> 10 000 bis 35 000 EW	> 35 000 EW
1971	120	106	103	92	78
1981	105	102	101	99	95
1988	100	100	100	100	100
1989	99	99	99	99	99
1990	96	96	95	96	97
1991	95	95	96	95	95
1992	94	96	95	94	95

Quellen: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Brandenburg; eigene Berechnungen

Für den dünnbesiedelten Raum in Brandenburg generell war vor der Wende ein etwas höherer Anteil Kinder und älterer Menschen sowie ein geringerer An-

Tab. 3: Bevölkerungsstruktur nach Altersgruppen 1988 (in %)

Altersgruppen	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Brandenburg gesamt	dünnbesiedelter Raum
0 bis 6 J. größer 6	6	7	7	7
bis 15 J. größer 15 bis	9	12	14	15
60/65 J.	70	68	68	66
größer 60/65 J.	15	13	11	12

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Brandenburg, statistisches Jahrbuch für die BRD 1992; eigene Berechnungen

teil Personen im erwerbsfähigen Alter kennzeichnend (vgl. Tab. 3). Bereits 1990 sind hier gravierende Veränderungen der Bevölkerungsstruktur feststellbar. So stieg der Anteil der Einwohner über 65 Jahre bereits 1990 um 4 Prozent auf knapp 16 Prozent (und damit über den Bundesdurchschnitt von 15 Prozent) und veränderte sich auch 1992 nicht. Der Anteil der Erwerbsfähigen reduzierte sich 1990 um rund 3 Prozent und erreichte 1992 auch in der Folge des Rückgangs der Altersgruppe bis 15 Jahre nur noch 65 Prozent. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, wird der dünnbesiedelte Raum auch in Brandenburg zunehmend durch Überalterung geprägt sein. Für die Entwicklung der Siedlungsstruktur hat das entscheidende Auswirkungen, da die in den dünnbesiedelten Räumen verbleibende — zunehmend ältere und weniger mobile — Bevölkerung nicht oder nur in begrenztem Umfang Träger des strukturellen Wandels sein kann.

Prägend für die Bevölkerungsentwicklung in den ländlichen Räumen seit 1989 ist weniger das Ausmaß des Einwohnerrückgangs, sondern eher die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung.

3.2 Wirtschaftliche Entwicklung

Bis 1945 war das heutige Land Brandenburg bis auf wenige altindustrielle Schwerpunkorte (wie Brandenburg, Eberswalde, Rathenow, Oranienburg, Teltow) stark agrarisch geprägt. Im Zusammenhang mit dem notwendigen Ausbau der Industriestruktur war in der DDR die Verringerung territorialer Unterschiede — insbesondere des Gegensatzes zwischen Stadt und Land — ein wichtiges Kriterium bei Standortentscheidungen. So wurden insbesondere in ländlichen Gebieten Investitionen im produktiven Bereich forciert, flankiert von Stadterweiterungen und auch Neugründungen. In Brandenburg sind Schwedt und Eisenhüttenstadt, aber auch der Aufbau der Textilindustrie in Wittstock und des Energie-

bezirktes Cottbus beredete Zeugnisse dieser Politik. Resultat dieser Bemühungen war neben einer Stabilisierung dieser Regionen — die sich auch an der Zunahme der Bevölkerungszahlen in den städtischen Zentren des ländlichen Raumes zeigt — aber auf der anderen Seite meist eine ausgeprägte industrielle Monostruktur, die sich im Zuge der Wende als nicht überlebensfähig erwies.

Die Umstrukturierung der Landwirtschaft wurde in der DDR mit dem Ziel durchgeführt, die Produktivität durch Industrialisierung, Großfelderwirtschaft und entsprechende Betriebsstrukturen zu erhöhen. Dennoch war die Beschäftigungsintensität weitaus höher als in westeuropäischen Ländern, auch in Gebieten mit geringer Bodengüte wurde die landwirtschaftliche Produktion intensiviert. Der daraus resultierende erhöhte Düngemittleinsatz und die Massentierhaltung haben zu großen Umweltbelastungen geführt.

Die Wirtschaftsstruktur unterliegt seit 1989 einem starken Wandel. Dennoch ist die Bezugnahme auf die zu diesem Zeitpunkt bestehende Ausgangssituation von Bedeutung für die Erarbeitung regionalwirtschaftlicher Neuansätze. Eine erfolgreiche Restrukturierung ist kaum möglich, wenn traditionelle Wirtschaftsbeziehungen vernachlässigt werden, die auf regionalen Qualitäten, wie zum Beispiel der Eignung für landwirtschaftliche Produktion, dem Qualifikationsgrad der Bevölkerung oder dem Diversifikationsgrad der regionalen Wirtschaft beruhen. Trotz des zunächst einsetzenden allgemeinen wirtschaftlichen Niedergangs bieten gerade diese Informationen Anknüpfungspunkte für zukunftsfähige Entwicklungsstrategien.

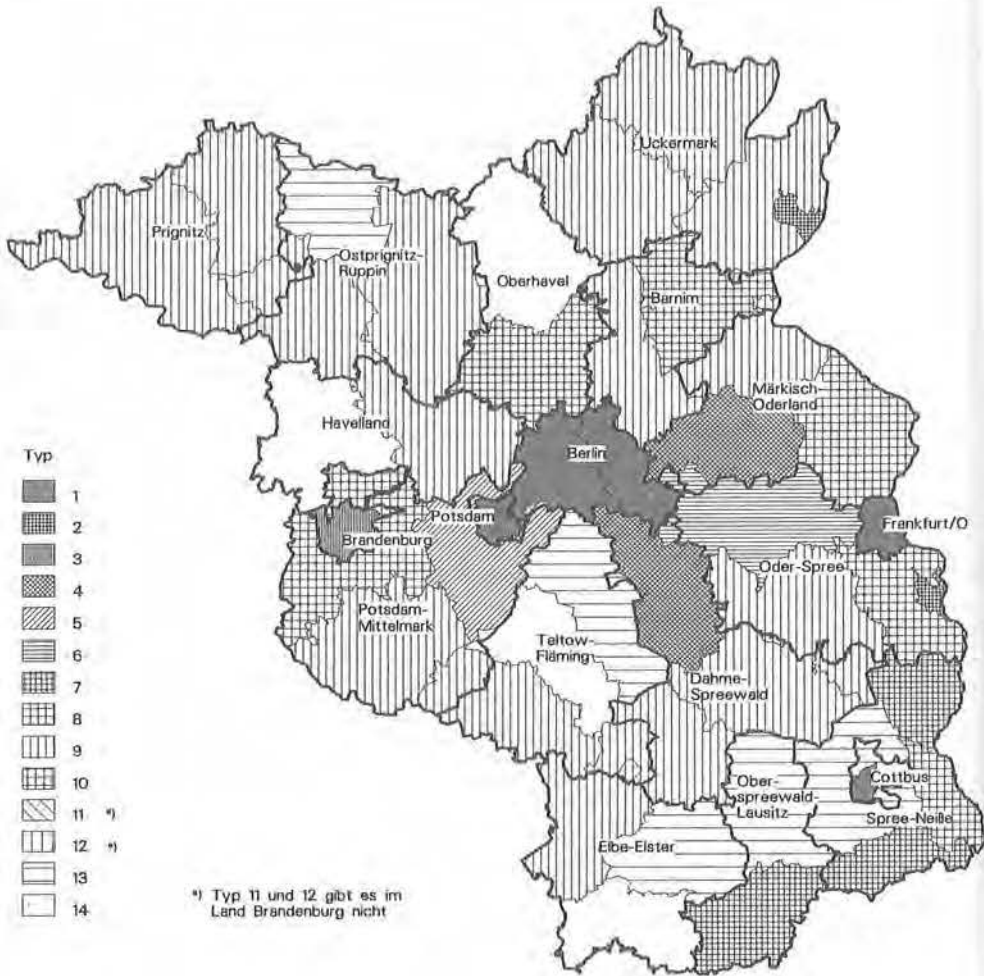
Die Wirtschaftsstruktur der dünnbesiedelten Räume war bis 1989 — bei überdurchschnittlicher Bedeutung der Landwirtschaft — durchaus differenziert (vgl. dazu Abb. 6 u. Tab. 4). Neben der Schaffung einzelner industrieller Schwerpunkte ist das vor allem auf die Stärkung der Verwaltungs- und Versorgungsfunktionen der ländlichen Kreisstädte sowie den Stellenwert von Tourismus und Naherholung (z. B. Seengebiete im Norden, Spreewald im Süden) zurückzuführen.

Der Oderraum war — mit Ausnahme des Industriezentrums Schwedt — stark agrarisch geprägt, vor allem wegen der hohen Güte der dortigen Böden. Dies gilt auch für den Großteil des Nordraumes (Prenzlau, Pritzwalk). In den Kreisen Neuruppin, Wittstock und Perleberg war eine multistrukturale Wirtschaft entstanden. Nur im Kreis Rathenow dominierte die Industrie. Am heterogensten war die Wirtschaftsstruktur im Südraum. Die Industriekreise im Süden (Calau, Bad Liebenwerda, Finsterwalde) wiesen enge Beziehungen zu den benachbarten Industriezentren um Cottbus und Riesa/Großenhain in Sachsen auf. Dagegen waren die übrigen Kreise bis auf Luckenwalde agrarisch geprägt.

Diese Wirtschaftsstruktur ist mit der Wende nahezu völlig zusammengebrochen und wandelt sich im Zuge des Transformationsprozesses grundlegend.

Die landesweite Reduzierung der Anzahl der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsplätze auf ein Fünftel (1993 sind noch knapp 40 000 Personen in der Landwirtschaft beschäftigt) trifft den dünnbesiedelten Raum mit Ausnahme der früheren Industriekreise am stärksten. Ein Großteil der landwirtschaftlichen Flächen ist stillgelegt worden, der Viehbestand hat sich zum Teil um die Hälfte reduziert¹² (vgl. Abb. 7). Der Beschäftigtenanteil in der Landwirtschaft betrug 1993 nur noch 4 Prozent gegenüber 15 Prozent 1989. Ein positiver Effekt dieser

Abb. 6: Wirtschaftsstrukturelle Kreistypen (1989)
Raum Brandenburg-Berlin¹⁾



- Typ
- 1
 - 2
 - 3
 - 4
 - 5
 - 6
 - 7
 - 8
 - 9
 - 10
 - 11 *)
 - 12 *)
 - 13
 - 14

*) Typ 11 und 12 gibt es im Land Brandenburg nicht

Stadtkreise

- 1 Städtische Dienstleistungszentren
- 2 Städtische Industriezentren mit Monostruktur
- 3 Städtische Industriezentren mit diversifizierter Industriestruktur

Umlandregion

- 4 Dienstleistungsorientierte Umlandregion
- 5 Umlandregion mit Landwirtschaft und industrieller Monostruktur
- 6 Umlandregion mit Landwirtschaft und diversifizierter Industriestruktur
- 7 Umlandregion mit industrieller Monostruktur
- 8 Umlandregion mit diversifizierter Industriestruktur

Ländliche Region

- 9 Dienstleistungsorientierte Landregion
- 10 Landwirtschaftlich geprägte Landregion
- 12 Landregion mit hohem Landwirtschaftsanteil und industrieller Monostruktur
- 11 Landregion mit hohem Landwirtschaftsanteil und diversifizierter Industriestruktur
- 13 Landregion mit niedrigerem Landwirtschaftsanteil und industrieller Monostruktur
- 14 Landregion mit niedrigem Landwirtschaftsanteil und diversifizierter Industriestruktur

Tab. 4: Wirtschaftsstruktur des dünnbesiedelten Raumes nach Beschäftigtenanteilen 1989

Kreis/Stadt	Landwirtschaft	Dienstleistungen und sonstige	Industrie			dominierender
	% der Beschäftigten	% der Beschäftigten	% der Beschäftigten	darunter % der Be- schäftigten im do- minierenden In- dustriezweig	dominierender Industriezweig	Wirtschafts- bereich
Oderraum						
Schwedt/Stadt ¹	2,3	41,0	56,9	56,4	Chemie	Industrie
Angermünde	37,4	37,5	25,1	52,2	Maschinenbau	Land/Forst
Bad Freienwalde	25,2	44,0	30,7	52,1	Bauindustrie	Land/Forst
Seelow	41,3	35,3	23,5	28,5	Bauindustrie	Land/Forst
Südraum						
Beeskow	31,8	39,0	29,1	36,1	Leichtindustrie	Land/Forst
Belzig	34,2	37,9	27,8	27,7	Bauindustrie	Land/Forst
Herzberg	25,5	44,3	30,2	39,1	Bauindustrie	Land/Forst
Jüterbog	29,2	39,9	30,8	26,0	Maschinenbau	Land/Forst
Lübben	25,2	43,3	31,6	33,2	Maschinenbau	Land/Forst
Luckau	33,9	38,4	27,6	30,1	Lebensmittel	Land/Forst
Calau	13,1	34,8	52,2	69,9	Energie	Industrie
Finsterwalde	13,3	35,0	51,8	44,6	Maschinenbau	Industrie
Bad Liebenwerda	20,0	36,8	43,3	32,3	Maschinenbau	Industrie
Luckenwalde	20,1	34,3	45,6	35,1	Maschinenbau	Land/Forst
Nordraum						
Kyritz	35,3	40,4	24,1	32,0	Lebensmittel	Land/Forst
Neuruppin	20,7	39,7	39,6	27,8	Elektro	Land/Forst
Perleberg	21,2	43,8	35,2	32,7	Maschinenbau	Land/Forst
Prenzlau	31,9	39,2	28,8	38,5	Maschinenbau	Land/Forst
Pritzwalk	34,6	34,7	30,8	39,3	Maschinenbau	Land/Forst
Templin	32,3	42,5	25,2	39,3	Bauindustrie	Land/Forst
Wittstock	24,0	35,6	40,5	46,7	Textil	Land/Forst
Gransee	24,1	37,7	38,2	27,2	Elektro	Land/Forst
Rathenow	14,8	30,1	55,2	38,0	Chemie	Industrie

1 Bis 1993 war Schwedt kreisfrei und wird deshalb gesondert aufgeführt.

Quelle: Rudolph H.: Beschäftigungsstrukturen in der DDR vor der Wende, Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 23. Jahrgang, Heft 4 1990.

Abb. 7: Brandenburg Bodengüte¹¹



Entwicklung ist eine nachhaltige Verbesserung der Umweltqualität. Im primären Bereich sind gegenwärtig nach weitgehend abgeschlossener Umstrukturierung Stabilisierungstendenzen auf diesem niedrigem Niveau zu erkennen (punktuell unterstützt durch Projekte im Rahmen des Landeskonzepts „Integrierte ländliche Entwicklung“). Im Zuge der Ausgliederung nichtlandwirtschaftlicher Betriebs- teile vorwiegend aus den LPG's sind darüber hinaus klein- und mittelständische Unternehmen entstanden, die den Kern einer neuen außerlandwirtschaftlichen Wirtschaftsstruktur bilden können.

Der Umstrukturierungsprozeß in der Industrie in Brandenburg dauert noch an und ist durch eine stärkere regionale Differenzierung gekennzeichnet. Dies ist zum einen auf den unterschiedlichen Diversifizierungsgrad der Industrie, die Krisenanfälligkeit der jeweiligen Branchen und Lagebedingungen der Standorte zurückzuführen. Die stärksten Rückgänge sind in ländlichen und/oder monostrukturierten Räumen eingetreten. Der Beschäftigungsrückgang ist ähnlich dramatisch wie im Primärbereich. Gegenüber 1989 hat sich die Zahl der Beschäftigten in Bergbau und verarbeitendem Gewerbe auf ein Viertel (das sind rund 116 000 Personen) reduziert. Im Rahmen verschiedener Landesprogramme und -konzepte (Leitbild der Dezentralen Konzentration, Entwicklungskonzeption Industrielle Schwerpunkorte) wird versucht, industrielle Kerne zu erhalten bzw. zu revitalisieren.

Als positives Beispiel ist im Oderraum Schwedt hervorzuheben, wo neben der Stabilisierung der Petrochemie mit großem Förderaufwand die Ansiedlung weiterer Branchen (Papierherstellung, Recyclingunternehmen) gelungen ist. Ansonsten ist im Nordraum die Bedeutung des Industriesektors so weit zurückgegangen, daß er künftig kaum die Basis der Wirtschaftsstruktur bilden kann. Im Südraum wird die industrielle Entwicklung durch die Dominanz von Bergbau und Energiewirtschaft bestimmt. Voraussetzung für die Erhaltung einer aus regionalwirtschaftlicher Sicht tragfähigen Mindestgröße dieses Sektors sind sowohl wirtschaftspolitische Weichenstellungen des Bundes (z. B. Abnahmegarantien, Kohlepennig) als auch die verstärkte Einbeziehung Berlins als Abnehmer. Die Beschäftigtenzahlen werden jedoch auch im günstigsten Fall weiter zurückgehen. Die notwendige Rekultivierung ehemaliger Tagebaue, die gegenwärtig mittels großangelegter Beschäftigungsprogramme durchgeführt wird, bietet die Chance, neue langfristig tragfähige Erwerbsgrundlagen zu erschließen (z. B. Umweltechnologien, Folgenutzungen wie Naherholung und Tourismus, landeskulturelle Pflege). Aufgrund der überregional günstigeren verkehrlichen Anbindung sowie der siedlungsstrukturellen Verflechtung mit südbrandenburgischen und sächsischen Industrieregionen bestehen im Südraum außerdem günstige Bedingungen für den Aufbau einer diversifizierten, regional verflochtenen Wirtschaft.

Insgesamt ist jedoch davon auszugehen, daß Landwirtschaft und verarbeitendes Gewerbe als wirtschaftliche Basis für den ländlichen Raum künftig nicht ausreichen. Da das Interesse der Investoren sich auf die Berlin nahen und überregional verkehrlich gut erschlossenen Gebiete konzentriert, sind in den ländlichen, peripheren Räumen andere Strategien der wirtschaftlichen Stabilisierung nötig.

Neue Arbeitsplätze entstehen derzeit in den Bereichen Handel, Handwerk, Dienstleistungen und insbesondere Tourismus. Diese Ansätze reichen nicht aus, den Arbeitsplatzverlust auszugleichen. Die massive Beschäftigungsförderung

Tab. 5: Regionale Wirtschaftsförderung im dünnbesiedelten Raum 1990 bis 1993

	Bewilligte Zuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)		geschaffene bzw. gesicherte Arbeitsplätze	geschaffene bzw. gesicherte Arbeitsplätze pro Einwohner
	gewerbliche Wirtschaft DM/EW	Infrastruktur DM/EW		
			AP	AP/1.000 EW
Oderraum				
Schwedt/Stadt	8807	0	3 083	62
Angermünde	593	931	842	25
Bad Freienwalde	419	652	533	15
Seelow	29	45	220	4
Südraum				
Beeskow	1515	1375	1 182	33
Belzig	1987	3434	1 483	46
Herzberg	428	548	1 560	29
Jüterbog	355	336	930	18
Lübben	537	662	668	16
Luckau	546	1515	918	26
Calau	1033	151	806	23
Finsterwalde	1165	616	1 725	53
Bad Liebenwerda	1254	922	1 591	50
Luckenwalde	2910	804	2 066	73
Nordraum				
Kyritz	567	1015	792	19
Neuruppin	830	1442	1 474	23
Perleberg	476	578	1 122	16
Prenzlau	498	263	393	8
Pritzwalk	863	2618	1 360	45
Templin	202	702	362	6
Wittstock	1844	1268	677	18
Gransee	1198	2393	1 202	35
Rathenow	1910	482	2 698	110
dünnbesiedelter Raum gesamt	1254	910	27 687	29
Brandenburg gesamt	1317	576	85 127	33
Neue Länder gesamt	1052	644	673 453	43

Quelle: 23. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1994 bis 1997 (1998), eigene Berechnungen

wirkt offensichtlich in gewisser Weise stabilisierend auf die Bevölkerungs- und damit die Siedlungsstruktur im dünnbesiedelten Raum. Dafür spricht die Tatsache, daß die Abwanderungen bisher nicht über den Landesdurchschnitt hinausgingen. Wenn es jedoch nicht gelingt, die Beschäftigungsförderung mit wirtschaftlicher Restrukturierung zu verbinden, werden insbesondere im dünnbesiedelten Raum die Migration und die Überalterung weiter zunehmen.

Tabelle 5 zeigt ausgewählte Ergebnisse der regionalen Wirtschaftsförderung im dünnbesiedelten Raum, gemessen an Vergleichswerten Brandenburgs und der neuen Bundesländer.

Als Indikator wurde der Fördermitteleinsatz pro Einwohner gewählt. Bei der Infrastrukturförderung sind überdurchschnittliche Förderquoten für den dünnbesiedelten Raum zu verzeichnen, wobei große innerregionale Differenzierungen auftreten und der Oderraum die geringsten Werte aufweist. Die Förderung der gewerblichen Wirtschaft lag knapp unter dem Landesdurchschnitt und konzentrierte sich weitgehend auf bestehende industrielle Schwerpunkte (insbesondere Schwedt) und Kreise mit geringem Landwirtschaftsanteil (vgl. Abb. 6). Ausnahmen bilden die Kreise Beeskow und Belzig, was neben der stärkeren Verflechtung mit dem Metropolenraum und der größeren Entwicklungsdynamik auch auf besondere lokale Initiativen zurückzuführen sein dürfte.

Hinsichtlich der Beschäftigungswirksamkeit, wofür die Anzahl geförderter Arbeitsplätze pro Einwohner als Indikator herangezogen wurde, blieb der dünnbesiedelte Raum bei großen inneren Unterschieden unter dem Landesdurchschnitt Brandenburgs und auch unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer. Interessant ist dabei die Tatsache, daß ähnliche Beschäftigungseffekte mit sehr unterschiedlichem Fördermitteleinsatz erzielt wurden (vgl. Schwedt und Luckenwalde). Neben branchenspezifischen Unterschieden und der Qualität von Arbeitsplätzen wird daran deutlich, daß die Beschäftigungswirksamkeit bei der „Gemeinschaftsaufgabe“ nicht explizit als Förderkriterium zugrundeliegt.

2.3 Baulich-räumliche Entwicklung

Die Siedlungsstruktur in großen Teilen Brandenburgs ist durch die Beziehungen zwischen kleinen Landstädten und den sie umgebenden Dörfern geprägt. Auch in den dünnbesiedelten Räumen leben fast die Hälfte der Menschen in insgesamt 34 Städten mit über 5000 Einwohnern, von denen die Hälfte weniger als 10 000 Einwohner hat. Die ehemals kreisfreie Stadt Schwedt ist mit fast 50 000 Einwohnern mit Abstand am größten. Über 20 000 Einwohner haben sechs Städte, eine Größe von über 10 000 Einwohnern haben zwölf weitere Städte. Alle diese Städte, auch die kleinen Landstädte, erfüllen und erfüllen wichtige Versorgungsfunktionen und bilden das Rückgrat des dünnbesiedelten Raumes. Zum Teil sind sie von hohem kulturhistorischen Wert. Der überwiegende Teil der Städte, die im Rahmen des Förderprogramms „Städtebaulicher Denkmalschutz“ in Brandenburg einbezogen sind, liegt im dünnbesiedelten Raum (12 von insgesamt 14 Städten). Für diese Städte ist dies ein wichtiger Faktor für die Profilierung und wirtschaftliche Stabilisierung.

Tab. 6: Bevölkerungsentwicklung in Städten des dünnbesiedelten Raumes mit mehr als 5000 Einwohnern

Stadt	Kreis- stadt bis 1993	Kreis- stadt ab 1993	Bevölkerung					Zu-/Abnahme in %	
			1964	1971	1981	1990	1992	1964/1992	1990/1992
Angermünde	ja	—	12 327	11 785	11 870	11 334	10 888	- 11,67	- 3,94
Schwedt (Oder)	ja	—	19 108	34 292	52 291	50 633	49 679	159,99	- 1,88
Bad Freienwalde	ja	—	11 816	11 786	11 337	10 954	10 524	- 10,93	- 3,93
Wriezen	—	—	5 493	6 286	6 856	6 967	6 719	22,32	- 3,56
Bad Liebenwerda	ja	—	6 465	6 767	6 436	5 907	5 865	- 9,28	- 0,71
Elsterwerda	ja	—	10 133	10 399	10 778	10 255	10 132	- 0,01	- 1,20
Beeskow	ja	ja	7 426	7 610	8 722	8 874	8 774	18,15	- 1,13
Storkow	—	—	4 798	4 953	5 486	6 249	6 175	28,70	- 1,18
Belzig	ja	ja	7 166	7 033	7 473	7 794	7 641	6,63	- 1,96
Calau	ja	—	6 733	7 299	7 297	7 789	7 627	13,28	- 2,08
Lübbenau	—	—	16 287	21 198	21 750	20 326	19 856	21,91	- 2,31
Vetschau	—	—	7 494	9 233	9 628	8 899	8 446	12,70	- 5,09
Doberlug-Kirchhain	—	—	9 100	9 290	8 929	8 527	8 294	- 8,86	- 2,73
Finstervalde	ja	—	22 338	22 790	23 814	23 147	22 460	0,55	- 2,97
Gransee	ja	—	5 274	5 293	5 635	5 210	5 024	- 4,74	- 3,57

Zehdenick	—	—	12 344	12 657	11 884	11 357	11 193	- 9,32	- 1,44
Falkenberg/ Elster	—	—	7 222	7 468	6 872	6 721	6 493	- 10,09	- 3,39
Herzberg/Elster	ja	ja	7 503	8 291	8 800	9 326	9 146	21,90	- 1,93
Jüterbog	ja	—	14 275	13 779	12 899	12 255	12 051	- 15,58	- 1,66
Treuenbrietzen	—	—	7 167	7 215	6 468	6 196	6 162	- 14,02	- 0,55
Kyritz	ja	—	8 470	10 059	10 137	9 896	9 659	14,04	- 2,39
Lübben	ja	ja	12 354	13 038	14 277	13 990	13 844	12,06	- 1,04
Luckau	ja	—	6 307	6 438	6 632	6 028	5 780	- 8,36	- 4,11
Luckenwalde	ja	ja	29 215	28 862	27 348	25 668	24 777	- 15,19	- 3,47
Neuruppin	ja	ja	22 424	23 596	25 650	26 925	26 476	18,07	- 1,67
Rheinsberg	—	—	5 271	5 494	5 366	5 535	5 344	1,38	- 3,45
Perleberg	ja	ja	13 177	13 573	14 727	13 646	13 362	1,40	- 2,08
Wittenberge	—	—	32 444	33 160	31 765	27 964	26 593	- 18,03	- 4,90
Prenzlau	ja	ja	20 368	21 742	23 281	23 315	22 322	9,59	- 4,26
Pritzwalk	ja	—	9 867	11 333	12 404	12 051	11 628	17,85	- 3,51
Premnitz	—	—	10 082	11 772	11 726	10 815	10 566	4,80	- 2,30
Rathenow	ja	ja	28 961	30 713	32 126	29 823	29 209	0,86	- 2,06
Seelow	ja	ja	4 500	4 740	5 441	5 499	5 361	19,13	- 2,51
Templin	ja	ja	10 998	11 334	13 284	14 367	13 791	25,40	- 4,01
Wittstock	ja	—	10 291	10 692	12 690	13 822	13 348	29,71	- 3,43
Gesamt	24	11	427 162	463 941	494 060	480 054	467 201	9,37	- 2,68

Tab. 7: Faktoren der baulich-räumlichen Entwicklung

Kreis/Stadt	historisch wertvolle Siedlungskerne ¹	Verkehrsnetzdicke ²		Bauflächenentwicklung ³							
		Eisenbahn	Straßen-netz	F-Planung (landesplanerisch zugestimmt)				verbindliche Bauleitplanung (genehmigt)			
				W	G	M	S	W	G	M	S
Oderraum											
Schwedt	—	+	—	—	—	—	—	+	++	+	+
Angermünde	++	—	—	++	++	++	++	+	+	—	—
Bad Freienwalde	++	—	++	++	+	++	++	—	+	—	—
Seelow	+	—	—	++	+	+	++	+	—	+	—
Südraum											
Bad Liebenwerda	+	+	++	++	++	+	+	+	+	+	+
Beeskow	+	—	—	++	++	++	++	++	++	+	—
Belzig	++	—	—	++	++	—	—	++	++	—	—
Calau	+	+	+	++	++	++	++	+	+	—	+
Finstertal	+	—	—	+	+	+	+	—	++	—	+
Herzberg	+	—	++	++	++	+	++	++	++	+	++
Jüterbog	++	—	+	—	—	+	—	—	+	—	—
Lübben	++	—	—	++	++	+	—	++	+	+	+
Luckau	+	—	—	+	++	+	+	+	++	—	—
Luckenwalde	+	—	—	++	++	+	—	+	++	—	—

Nordraum											
Neuruppin	++	—	—	+	+	+	—	+	+	—	—
Perleberg	+	—	—	+	+	+	+	+	+	—	+
Prenzlau	+	—	—	+	+	—	—	+	+	—	+
Pritzwalk	—	—	—	+	++	+	+	—	++	—	—
Rathenow	—	—	—	+	+	+	—	+	+	—	—
Gransee	++	—	—	+	+	+	—	+	+	—	+
Templin	+	—	—	+	+	+	+	++	+	++	++
Wittstock	++	—	—	—	—	—	—	+	++	—	—
Kyritz	+	+	—	++	+	++	++	+	—	—	—
Landeswert (m ² /EW)				14,8	17,9	6,4	4,3	3,6	20,1	0,4	1,8

1 Anzahl historisch wertvoller Stadtkerne, Bereiche und Dorfkerne (nach: Regionales Strukturkonzept für den Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin):

++ drei und mehr

+ eins und zwei

2 Verkehrsnetzdicke (km Streckenlänge/100 km², nach: Brandenburg regional '93):

Eisenbahn ++ über 15

+ 11 bis 15

Straße ++ über 32

+ 26 bis 32

3 Bauflächenentwicklung (nach Statistiken des Landesumweltamtes, Stand 20. 9. 93):

W — Wohnen, G — Gewerbe, M — Mischgebiet, S — Sondergebiet

Flächennutzungspläne — keine Flächen pro Einwohner

+ Flächen pro Einwohner kleiner, gleich Landesdurchschnitt

++ Flächen pro Einwohner über Landesdurchschnitt

verbindl. Bauleitpläne — keine Flächen pro Einwohner

+ Flächen pro Einwohner kleiner, gleich Landesdurchschnitt

++ Flächen pro Einwohner über Landesdurchschnitt

Die Bevölkerungsentwicklung, hier dargestellt ab 1964, weist eine große Differenzierung auf (vgl. Tab. 6). Die größten Rückgänge sind in altindustrialisierten (Wittenberge, Luckenwalde) und/oder peripher gelegenen Städten (Treu- enbrietzen, Angermünde) eingetreten. Große Bevölkerungszuwächse zeigen Schwerpunkte der Investitionstätigkeit der DDR (mit Schwedt an erster Stelle, aber auch Neuruppin, Wittstock u. a.), die aber auch teilweise zu Lasten der umliegenden kleinen Gemeinden entstanden sind. Die Städte mit den größten Zuwächsen befinden sich im Nord- und Oderraum. Rückläufige Bevölkerungszahlen in den Städten haben wegen ihrer Stabilisierungsfunktion für den dünnbesiedelten Raum gravierende siedlungsstrukturelle Konsequenzen.

Die wirtschaftsstrukturellen Veränderungen sind der entscheidende Auslöser für die Dynamisierung der baulich-räumlichen Entwicklung. Im Zuge des Produktionsrückgangs von Industrie und Landwirtschaft sind Wirtschaftsflächen und bauliche Anlagen in großem Umfang brachgefallen. Ehemalige, nicht mehr landwirtschaftliche Produktionsanlagen werden teilweise durch klein- und mittelständische Betriebe sowie den Einzelhandel genutzt, wenn sie sich innerhalb oder am Rand der Siedlungen befinden. Die großen Anlagen (insbesondere der Tierproduktion) stehen in der Regel leer. Ähnliches gilt für nicht mehr genutzte Industriestandorte. Die verfügbaren, gewerblich nutzbaren Bestandsflächen sind im dünnbesiedelten Raum wesentlich größer als die Nachfrage. Hinzu kommt das Ausmaß an Konversionsflächen, die zum überwiegenden Teil im dünnbesiedelten Raum lokalisiert sind. Lediglich der Oderraum ist von dem Problem des Umgangs mit großen Konversionsflächen nicht betroffen.

Der Wandel der Flächennutzung im bestehenden Siedlungsgefüge steckt noch in den Anfängen (vgl. Tab. 7). Es besteht jedoch ein starker Trend zur Ausweitung der Siedlungsflächen, insbesondere für Gewerbe und Einzelhandel. In dem kurzen Zeitraum seit 1989 ist es auch im dünnbesiedelten Raum zu einem sprunghaften Anstieg des Bauflächenangebots in den Außenbereichen der Siedlungen gekommen. Er konzentriert sich auf Standorte an Bundesautobahnen und -fernstraßen, — die jedoch nur auf gedämpftes Investoreninteresse treffen. Die durch das Flächenüberangebot entstehende Nachfragedefizite sind auch langfristig kaum zu beheben. Generell wird dadurch die notwendige Innenentwicklung der Siedlungen und die Stärkung der Zentren erschwert, was wiederum für den dünnbesiedelten Raum am problematischsten ist. Die entstehenden Unterhaltungskosten für „beleuchtete Schafweiden“ schränken die kommunale Handlungsfähigkeit zusätzlich ein.

In den dünnbesiedelten Räumen beschränken sich die Entwicklungen im Wohnflächenbereich auf wenige Schwerpunkte und landschaftlich attraktive Standorte. Die Planungsvorstellungen der Gemeinden gehen über den Wohnungsbedarf, der aufgrund des anhaltenden Bevölkerungsrückganges geringer wird, weit hinaus. Dies gilt insbesondere für den Südraum. Es wird vielfach von einem Einwohnerzuwachs ausgegangen, der den realen Entwicklungen widerspricht. Dahinter stehen offensichtlich die Bemühungen der Gemeinden, durch Zuzug einkommensstärkerer Bevölkerungsgruppen eine Stabilisierung zu erreichen. Dies ist angesichts der mangelnden Erwerbchancen und des großen Wohnflächenangebots auch im Umland von Berlin jedoch keine realistische

Im Bereich von Tourismus und Freizeitangeboten ist ebenfalls der Vorrang der Neuerrichtung vor der Bestandsentwicklung zu beobachten. Dies hängt zum einen mit dem Wandel von Freizeitbedürfnissen, differenzierten Zielgruppen und generell höheren Qualitätsanforderungen zusammen. Zum anderen führen aber auch ungeklärte Eigentumsfragen und Finanzierungsprobleme zu Blockaden bei der Weiternutzung und Modernisierung vorhandener, vorwiegend in DDR-Zeiten entstandener Erholungseinrichtungen. Den touristischen Einrichtungen im dünnbesiedelten Raum fehlt vielfach noch die wirtschaftliche Tragfähigkeit. Dies ist sowohl überzogenen Erwartungen als auch mangelnder Nachfrage und fehlenden oder unzulänglichen Marketingstrategien geschuldet.

Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß die reale Dynamik der baulich-räumlichen Entwicklung im dünnbesiedelten Bereich weitaus schwächer ist als in Verdichtungsräumen. Dadurch sind auch raumstrukturelle Fehlentwicklungen in großem Umfang, abgesehen von den Gewerbeparks, ausgeblieben. Die zum Teil weit überdimensionierten Planungsvorstellungen (die sich auch in dem vielfach über dem Landesdurchschnitt liegenden Bauflächenzuwachs pro Einwohner widerspiegeln) werden schrittweise korrigiert. Die durch Eigeninitiative und Fördermitteleinsatz bereits in bescheidenem Maße in Gang gekommene Innenentwicklung der Gemeinden gewinnt an Bedeutung. Diese Entwicklung gilt es weiter zu unterstützen, denn die Bereitstellung von Mitteln für die Stadt- und Dorferneuerung trägt auch entscheidend dazu bei, endogene Potentiale der örtlichen Wirtschaft zu mobilisieren.

3.4 Funktionelle Entwicklung

Die bereits in den Punkten 3.2 und 3.3 beschriebenen Tendenzen stehen in engem Zusammenhang mit der funktionellen Entwicklung.

Die Ausstattung mit Einrichtungen der sozialen Infrastruktur ist, ausgehend von dem hohen Versorgungsniveau vor 1989, bisher meist nur geringfügig zurückgegangen, wovon jedoch der dünnbesiedelte Raum am stärksten betroffen ist. Defizite treten vor allem im Bereich der Altenbetreuung und bei der medizinischen Versorgung auf, das Angebot an Kindertagesstätten liegt noch weit über dem Bundesdurchschnitt. Gerade im dünnbesiedelten Raum wird es aus finanziellen Gründen zunehmend schwieriger, soziale Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft zu erhalten. Durch die Umstrukturierung und teilweise Privatisierung sozialer Leistungen kommen sowohl auf die Nutzer als auch auf die kommunalen Gebietskörperschaften erhöhte Kosten zu. Wegen des überdurchschnittlich hohen und weiter wachsenden Anteils älterer Menschen ist das für den dünnbesiedelten Raum ein gravierendes Problem.

Im Zuge staatlicher Investitions- und Förderpolitik seit 1990 hat sich auch im dünnbesiedelten Raum das Niveau der technischen Infrastruktur, vor allem im Bereich Straßenbau, Wasserver- und entsorgung, Telekommunikation, enorm erhöht. Dies hat jedoch nur partiell zu wirtschaftlichen Aktivitäten in diesen Räumen geführt. Die Verbesserung der technischen Infrastruktur ist landesweit durchgeführt worden, was vor allem den Verdichtungsräumen wegen der dort zusätzlich vorhandenen Standortvorteile zugute kommt.

Die beschriebenen Entwicklungstrends im Einzelhandel (großflächige Einrichtungen, insbesondere im Außenbereich der Siedlungen) führen vor allem im dünn besiedelten Raum zu funktionellen Problemen. Bis 1989 wurde das Ziel verfolgt, die Grundversorgung in allen Dörfern zu sichern und die Landstädte zu Versorgungszentren zu entwickeln. Inzwischen hat sich zwar das Warenangebot enorm verbessert, die nahräumliche Grundversorgung ist jedoch vielfach nicht mehr gewährleistet. Dadurch sind wenig mobile und nicht motorisierte Bevölkerungsgruppen benachteiligt. Die großen Märkte an den Stadträndern unterhöheln die Funktionsfähigkeit der städtischen Zentren und die Wettbewerbsfähigkeit der traditionellen Ladengeschäfte. Ansätze für eine Korrektur und Stabilisierung sind sowohl kombinierte („Nachbarschaftsladen 2000“) als auch mobile Versorgungsangebote. Dies erfordert jedoch zunächst die planungsrechtliche Begrenzung der Entwicklung des großflächigen Einzelhandels.

Eine der wesentlichen Veränderungen im funktionellen Bereich ist durch die Kreisgebietsreform eingetreten, die in Brandenburg Ende 1993 durchgeführt wurde. Anliegen dieser Reform ist die Schaffung effizienterer Verwaltungsstrukturen mit finanziellen Einsparungseffekten sowie ein Nachteilsausgleich für Berlin ferne Landesteile. Die ebenfalls geplante Funktionalreform, die zu einer Stärkung der Kreisebene führen soll, ist noch nicht abgeschlossen.

Vor der Neugliederung hatten zwei Drittel der Städte über 5000 Einwohner im dünnbesiedelten Raum Kreisstadtfunktion (vgl. Tab. 6). Daraus ergab sich auch die vielfache Dienstleistungsorientierung der ländlichen Kreise 1989 (vgl. Abb. 6), da die Verwaltungs- und Versorgungsfunktion hier schwerpunktmäßig entwickelt wurde. Nach der Neugliederung ist die Zahl der Kreisstädte um mehr als die Hälfte reduziert. Allerdings liegen entsprechend der landespolitischen Zielstellung der dezentralen Stabilisierung bis auf die kreisfreien Städte sowie Oranienburg, Senftenberg, Forst und Eberswalde¹³ alle neuen Kreisstädte im dünnbesiedelten Raum. Der Bedeutungsverlust für die ehemaligen Kreisstädte führt jedoch zu Verunsicherungen und Entwicklungshemmnissen, denen landespolitisch begegnet werden muß. Zum Teil geschieht dies durch die Aufnahme in andere landesweite Entwicklungskonzepte, zum Beispiel Dezentrale Konzentration, Zentrale-Orte-System; die begrenzten Fördermöglichkeiten können die Einbußen jedoch nicht ausgleichen.

Acht der vierzehn neuen Landkreise reichen von der Stadtgrenze Berlins bis in den ländlichen Raum (Sektoralkreise). Durch die Zugrundelegung von Mindesteinwohnerzahlen (in Anlehnung an Werte aus den alten Bundesländern) sind vor allem im dünnbesiedelten Raum sehr große Verwaltungseinheiten entstanden¹⁴. Dies erschwert auch den Aufbau einer bürgernahen Verwaltung und führt für die Bewohner zu zusätzlichen Belastungen. Hier sind sowohl flexible Verwaltungsangebote (z. B. Bürgerbüros, Vor-Ort-Beratung) als auch auf die neuen Zentren ausgerichtete ÖPNV-Konzepte dringend erforderlich.

Die Gliederung des Landes in Planungsregionen folgt den gleichen Zielstellungen wie die Kreisgebietsreform. Beim territorialen Zuschnitt der Planungsregionen, die jeweils von Berlin bis zur Landesgrenze reichen, kommen die Ziele der Landespolitik, Entwicklungsimpulse aus dem Ballungsraum in die Tiefe des Landes zu lenken, sehr deutlich zum Ausdruck. Die unterschiedlich strukturierten Teilräume werden „in ein Boot gesetzt“ in der Hoffnung, damit auch einen

Abb. 8: Brandenburg — Kreise und Planungsregionen



Abb. 9: Brandenburg — Zentrale Orte¹⁵



regionalen Interessenausgleich zu initiieren. Außerdem soll auch Berlin veranlaßt werden, sich den Problemen der äußeren Regionen Brandenburgs zu stellen. Allerdings überträgt die gewollte Heterogenität sowohl der Kreise als auch der Planungsregionen den regionalen Akteuren eine Verantwortung, der sie nur durch entsprechenden Kompetenzgewinn und finanziellen Handlungsspielraum gerecht werden können (vgl. Abb. 8 u. 9).

4. Schlußfolgerungen

4.1 Chancen und Potentiale des dünnbesiedelten Raumes

Die Chancen der ländlichen Räume in Brandenburg sind in Abhängigkeit von den vorhandenen Potentialen und der Lagegunst sehr differenziert. Exogene Wachstumsimpulse konzentrieren sich auf die infrastrukturell besser erschlossenen und ausgestatteten Verdichtungsräume und an Hauptverkehrsachsen. Die Entwicklungsmöglichkeiten in den angrenzenden dünnbesiedelten Räumen sind vergleichsweise günstig, wobei hier die Stadt-Umland-Problematik in den Vordergrund tritt. Den zunehmenden Nutzungskonkurrenzen und Gefährdungen für den Naturraum muß künftig wegen des hohen Ordnungs- und Sicherheitsbedarfs konzeptionell und instrumentell begegnet werden. Tourismus als neuer Erwerbszweig entwickelt sich vor allem in landschaftlich reizvollen und nicht umweltbelasteten Gegenden. Die großen Verluste an Erwerbsmöglichkeiten können damit aber nur teilweise ausgeglichen werden. Am ungünstigsten sieht die Lage für die peripheren, touristisch nicht (oder noch nicht) attraktiven, für landwirtschaftliche Produktion wenig geeigneten und monostrukturierten Regionen aus.

Für die drei brandenburgischen Teilräume des dünnbesiedelten Raumes können die bereits beschriebenen Potentiale und Chancen wie folgt zusammengefaßt werden:

- Im Oderraum wird wegen der hohen Bodengüten die Landwirtschaft bei entsprechender Unterstützung künftig wieder an Bedeutung gewinnen¹⁶. Daran anknüpfend können gezielt industrielle Verarbeitungskapazitäten und überregionale Absatzbeziehungen entwickelt werden. Die Stabilisierung der industriellen Entwicklung in Schwedt ist für die Sicherung der Erwerbsgrundlagen in diesem Raum von großer Bedeutung. Ansatzpunkte für den Tourismus bieten die landschaftlichen Qualitäten zum Beispiel des Odertals und von Teilen der Uckermark, kulturhistorisch wertvolle Orte (u. a. Angermünde) und die Kurorttraditionen in Bad Freienwalde. Die Lage an der EU-Außengrenze schafft außerdem besondere Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung (gegenwärtig v. a. Billigkonkurrenz im Bereich des Handels und der Dienstleistungen), deren weitere Dynamik gegenwärtig schwer abzuschätzen ist.
- Der Nordraum ist im Vergleich zum Oderraum differenzierter und teilweise verkehrlich besser erschlossen. Er gliedert sich in stärker für die Landwirt-

schaft geeignete Bereiche an den Rändern (v. a. Prenzlau), in Räume mit hohen naturräumlichen Qualitäten (u. a. Ruppiner Land, Nordbrandenburgisches Seengebiet) in der Mitte und verfügt über Kulturgüter von überregionalem und zum Teil internationalem Rang (Neuruppin, Rheinsberg). Der Bedeutungsverlust der Industrie ist in diesem Raum so stark, daß nur der Neuaufbau regional verflochtener und auch auf Berlin bezogener Branchen erfolgversprechend erscheint. Diese werden künftig gemeinsam mit einem differenzierten und vernetzten Tourismus- und Kulturangebot die entscheidende Basis für eine außerlandwirtschaftliche Wirtschaftsstruktur bilden. Daneben können in begrenztem Umfang auch land- und forstwirtschaftliche Spezialbetriebe sowie partiell der Bedeutungszuwachs als attraktiver Wohnstandort zur Stabilisierung beitragen. In der Orientierung auf ihre inneren Potentiale bestehen sowohl für den Nordraum als auch für den Oderraum aufgrund der eher ungünstigen überregionalen Erreichbarkeit (außer Autobahn Berlin — Hamburg/Rostock) und dem traditionell geringen Verflechtungen mit Verdichtungsräumen die besten Entwicklungschancen.

- Die größte innere Differenziertheit weist der Südraum auf. Hier bestehen wegen der besseren verkehrlichen und raumstrukturellen Einbindung, einer kleinteiligeren Siedlungsstruktur und teilweise ausgeprägter Verflechtungsbeziehungen langfristig günstige, stark differenzierende Entwicklungschancen. Dies zeigt sich bereits jetzt an der Dimension der Bauflächenentwicklung. Der Stabilisierungsprozeß „Rund um die Kohle“ kann, auch durch dezentrale Forschungsförderung, mit der Entwicklung neuer Wirtschaftsbereiche verbunden werden (z. B. Umwelttechnologie, Fremdenverkehr als Folgenutzung). In dem stark touristisch nachgefragten Spreewald muß die Entwicklung des Fremdenverkehrs in Einklang mit dem Schutz der vorhandenen Naturpotentiale gebracht werden. Die Schaffung von Tourismus-Netzwerken, die es ermöglichen, Erholungssuchende auch für weniger nachgefragte Regionen (z. B. Fläming) zu interessieren, erscheint hier sinnvoll. Die traditionellen Bindungen an die benachbarten sächsischen Regionen sowie die Revitalisierung des Kurbetriebes stellen für die südlichsten Bereiche die größte Chance dar.

4.2 Strategieansätze

Die Revitalisierung strukturschwacher, dünnbesiedelter Räume soll durch Ansiedlungsförderung und Infrastrukturverbesserung ermöglicht werden. Dies ist das klassische Muster der regionalen Wirtschaftsförderung in der Bundesrepublik Deutschland unter den Bedingungen einer gewachsenen und differenzierten Wirtschaftsstruktur (in Bezug auf Betriebsgrößen, Branchenvielfalt, Verflechtungsbeziehungen usw.). Diese traditionelle Wirtschaftsförder- und Strukturpolitik ist auf die Engpaßfaktoren Investitionskapital und wirtschaftsnahe Infrastruktur ausgerichtet und orientiert sich im wesentlichen an wachstums- und exportorientierten Konzepten. Andere Engpaßfaktoren der regionalen Entwicklung wie Innovationsfähigkeit, Humankapital, regionale Wirtschaftsverflechtungen und Lebensqualität spielen eine eher untergeordnete Rolle. Gerade darin liegen jedoch die

Schwächen und die begrenzten Erfolgchancen traditioneller Konzepte für dünnbesiedelte Räume. In Aufschwungphasen waren durchaus Beschäftigungs- und Modernisierungseffekte in dünnbesiedelten, ländlichen Räumen durch die Ansiedlung von Massenproduktionskapazitäten und dafür notwendiger Infrastruktur zu verzeichnen. Die so geschaffenen Strukturen erwiesen sich durch die mangelnde regionale Verankerung jedoch als besonders krisenanfällig. Es ist kaum gelungen, räumliche Disparitäten auszugleichen und die Tragfähigkeit strukturschwacher ländlicher Räume gegenüber prosperierenden Regionen zu erhöhen. Entwicklungsansätze für die Revitalisierung strukturschwacher Regionen orientieren sich deshalb seit Mitte der 80er Jahre zunehmend an den in diesen Regionen verfügbaren spezifischen Potentialen.

Die Rahmenbedingungen in den neuen Bundesländern unterscheiden sich in einem entscheidenden Punkt — dem Bruch und der umfassenden Restrukturierung aller gesellschaftlichen Bereiche — von den alten Bundesländern. So kann bei der Wirtschaftsförderung nicht an eine gewachsene Unternehmensstruktur angeknüpft werden, sondern es geht vielmehr darum, deren Herausbildung und Konsolidierung zu unterstützen. Um einem weiteren Destabilisierungsprozeß im ländlichen Raum Ostdeutschlands entgegenzuwirken (sinkende Erwerbsmöglichkeiten, Anstieg der Arbeitslosigkeit, Zunahme der Sozialhilfeempfänger, Abwanderung der Bevölkerung usw.) kommt es deshalb darauf an, die in diesen Regionen verfügbaren spezifischen Potentiale zu stärken und regionalpolitisch einzubinden. Dabei kann auf vielfältige Konzepte eigenständiger Regionalentwicklung zurückgegriffen werden, die seit Mitte der 80er Jahre diskutiert und partiell umgesetzt werden. Eine erfolgeversprechende Adaption erfordert jedoch die Berücksichtigung der spezifischen, ostdeutschen Rahmenbedingungen, eine regionale Konkretisierung und ein offenes Entwicklungsverständnis. Die Konzepte müssen flexibel und „fehlerfreundlich“ sein. Außerdem ist eine „Regionalisierung der Regionalpolitik“ notwendig, das heißt dem Prinzip der Subsidiarität muß auch durch Kompetenzverlagerungen — einschließlich finanzieller Gestaltungsmöglichkeiten — auf die regionale Ebene stärker entsprochen werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Ein integrierter, kommunal und regional verankerter, prozeßorientierter Entwicklungsansatz,

- der regionale Probleme in ihrer Vielschichtigkeit erfaßt,
- sowohl vorhandene Potentiale als auch exogene Entwicklungsimpulse nutzt,
- auf vielfältige regionale Verflechtungsbeziehungen orientiert sowie
- durch entsprechende Umsetzungsinstrumentarien und finanzielle Hilfen flankiert ist,

bietet die Chance zur regionalwirtschaftlichen Stabilisierung dünnbesiedelter Räume unter den Bedingungen des Strukturwandels in den neuen Bundesländern.

In der Raumordnungspolitik des Landes Brandenburg wird die Stabilisierung dünn besiedelter Räume und die Stärkung der Komplementarität von Metropolenraum und dünnbesiedeltem Raum mit dem Leitbild der Dezentralen Konzentration angestrebt (vgl. Abb. 10). Dieses sieht vor, mittels der gezielten Förderung von Regionalen Entwicklungszentren sowohl eine Stabilisierung ländlicher Teilräume zu erreichen, als auch Entlastungsfunktionen für den Metropolenraum zu entwickeln. Ergänzt wird dieses Zentrenkonzept durch industriell ge-

Abb.10: Brandenburg — Konzept der Dezentralen Konzentration



werbliche Entwicklungsstandorte, Zentren im engeren Verflechtungsraum und Orte mit besonderem Handlungsbedarf mit jeweils spezifischen raumstrukturellen Aufgaben. Speziell für den dünnbesiedelten Raum wurde zusätzlich das Konzept der Integrierten ländlichen Entwicklung aufgestellt, welches insbesondere durch Verknüpfung von verschiedenen Fachpolitiken die Erhaltung und Stärkung der Dörfer und kleinen Landstädte als Wirtschafts- und Lebensstandorte anstrebt.

Die Umsetzung dieser Konzepte, mit dem Ziel einer regionalwirtschaftlichen und sozialräumlichen Stabilisierung, kann nur im Wege konkreter Projekte und Maßnahmen gelingen. In diesem Prozeß kommt der räumlichen Planung eine neue Rolle zu. Die Erstellung von Entwicklungskonzepten mit definierten Endzuständen ist immer weniger geeignet, den realen Problemen und Anforderungen in ihrer Komplexität Rechnung zu tragen. Aufgaben der Prozeßbegleitung wie Moderation, Integration, Förderung der Kooperation prägen die zukünftige Planungstätigkeit.

Abschließend werden einige Faktoren zusammenfassend genannt, die für den dünnbesiedelten Raum von besonderer Bedeutung sind. In Anbetracht der ungünstigeren Wettbewerbssituation und der geringen finanziellen Spielräume auf Landes- und Kommunalebene müssen gerade im dünnbesiedelten Raum ganzheitliche Ansätze entwickelt und umgesetzt werden. Dabei sollen externe Impulse in die ländlichen Schwerpunktorde gelenkt und nur dann unterstützt werden, wenn sie an lokale Potentiale anknüpfen und nicht zu raumstrukturellen und ökologischen Gefährdungen führen. Lokale Initiativen und Projekte müssen dagegen auf breiter Ebene und an allen Orten gefördert werden.

Wesentliche Faktoren zur Stabilisierung der Siedlungsstruktur sind:

- Sicherung einer infrastrukturellen Grundversorgung (dezentrale Lösungen, öffentliche und private Netzwerke, Kommunikationsinfrastruktur) und bedarfsgerechter Wohnbedingungen (z. B. Erhöhung des Anteils des sozialen Wohnungsbaus),
- Stärkung ländlicher Zentren als Arbeits- und Versorgungsorte,
- Schaffung von Erwerbsgrundlagen vor Ort (Stärkung des „Unternehmerpotentials“ vor Ort, Förderung von Wertschöpfungsketten, aktive kommunale und regionale Wirtschaftsförderung, Verknüpfung von Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung),
- Integrierte Sozialpolitik (Verteilung der Lasten, Integration Nicht-Erwerbstätiger, Förderung sozialer und familiärer Netze),
- Förderung von individuellen und lokalen Initiativen für siedlungs- und kommunalrelevante Aufgaben (Wohnungsbau, Landschaftspflege, soziale Dienste, Umweltvorsorge, Kultur),
- Identitätsförderung (Stadt- und Dorferneuerung, kulturelle und andere Freizeitangebote, Einbeziehung der Bevölkerung und der örtlichen Wirtschaft in gemeindliche und regionale Entscheidungsprozesse).

Anmerkungen

- 1 Sämtliche Darstellungen beziehen sich auf die alte, bis Dezember 1993 geltende Kreisgliederung. Dies erweist sich als notwendig, um erstens historische Strukturdaten verwenden und vergleichen sowie zweitens eine regionale Differenzierung der Aussagen erreichen zu können.
- 2 Eberswalde ist als einzige brandenburgische Stadt mit über 50 000 EW vor der Kreisneugliederung nicht kreisfrei gewesen. An diesem Fall wird deutlich, wie sehr die administrative Gliederung die Bevölkerungsdichte eines Raumes beeinflussen kann.
- 3 Diese Bereiche werden aus der weiteren Betrachtung ausgenommen.
- 4 Nach: Statistisches Jahrbuch 1993 für die Bundesrepublik Deutschland.
- 5 Vgl. Typologie der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, In: Materialien zur Raumordnung, Heft 47.
- 6 Dies umfaßt folgende Städte mit einer Bevölkerungszahl um 50 000 EW und darüber: Potsdam, Cottbus, Frankfurt (Oder), Brandenburg, Eisenhüttenstadt, Schwedt (Oder) und Eberswalde.
- 7 Bei einer exakten Bestimmung der Verflechtungsbereiche anhand von Unternehmens- und Pendlerbeziehungen sowie kleinräumigen Migrationen würden sich Abweichungen von der zugrundegelegten administrativen Gliederung ergeben. Aus methodischen und statistischen Gründen wird jedoch die Bezugnahme auf die Kreisgliederung beibehalten. Alle Umlandkreise Berlins sowie der größeren brandenburgischen Städte werden im weiteren nicht näher betrachtet.
- 8 Durch die Kreisneugliederung haben die Städte Schwedt und Eisenhüttenstadt ihren Status als kreisfreie Städte verloren. Während Schwedt jetzt Teil des stark ländlich geprägten Landkreises Uckermark ist, wurde Eisenhüttenstadt dem Landkreis Oder-Spree zugeordnet. Da hier siedlungsstrukturelle und funktionelle Verflechtungen sowohl nach Norden (Frankfurt) als auch nach Süden (südbrandenburgischer Industriegürtel) bestehen, wird dieser Bereich nicht dem dünnbesiedelten Raum zugerechnet.
- 9 Außerdem sind die östlichen Teile des Kreises Eberswalde dazuzurechnen, die jedoch wegen der Bezugnahme auf die administrative Gliederung bis 1993 und fehlender Daten auf Kreisebene hier vernachlässigt werden müssen.
- 10 Nach: RUDOLPH H.: Beschäftigungsstrukturen in der DDR vor der Wende. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 23. Jahrgang, Heft 4 1990.
- 11 Nach: Brandenburg regional '93.
- 12 Brandenburg hatte vor allem wegen der ungünstigen natürlichen Produktionsbedingungen (durchschnittliche Bodenwertzahl 31) die größte Stilllegungsfläche aller Bundesländer.
- 13 Hier bestehen jedoch enge Verflechtungen mit dem Nord- und Oderraum.
- 14 Die Kreisneugliederung führt überdies zu statistischen Problemen, da historische Strukturdaten auf Kreisebene nicht fortgeschrieben werden können. Durch die Heterogenität der neuen Verwaltungseinheiten werden bei Strukturanalysen auf Kreisebene regionale Differenzierungen und Problemlagen nicht mehr sichtbar.
- 15 Quelle: LEP I — Zentralörtliche Gliederung, Entwurf 3/94.
- 16 Hinsichtlich der Entwicklungschancen der Landwirtschaft muß generell einschränkend auf den großen Einfluß der EU-Politik verwiesen werden.

Literatur

- AGRARBERICHT DER BUNDESREGIERUNG 1994: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn, 1994.
- BLEICHER, R. 1994: Entwicklungsperspektiven ländlicher Gemeinden und Regionen, In: Der Landkreis 5.
- BOUSTEDT, O. 1975: Grundriß der empirischen Regionalforschung, Teil III: Siedlungsstrukturen, Hannover.
- BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (Hg.) 1992: Laufende Raubeobachtung, in: Materialien zur Raumordnung, Heft 47, Bonn.
- BRANDENBURGISCHES WIRTSCHAFTSINSTITUT (Hrsg.) 1994: BWI-Wirtschaftsdienst, Heft 17, Stahnsdorf, Juni.
- DILLER C., u. K.-H. HÜBLER 1993: Raum- und siedlungsstrukturelle Probleme und Konzepte für die peripheren ländlichen Gebiete im Lande Brandenburg, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 2—3, Bonn.
- HUBER, B. et al. 1992: Städtebau — Raumplanung, ETH Zürich Stuttgart.
- INSTITUT FÜR REGIONALENTWICKLUNG UND STRUKTURPLANUNG (Hrsg.) 1992: Regionales Strukturkonzept für den Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin, Berlin.
- Landesentwicklungsplan Brandenburg, LEP I — Zentralörtliche Gliederung, Entwurf: Stand 22. 3. 94, Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg
- Landesumweltamt des Landes Brandenburg, Referat Raubeobachtung (Hrsg.): Brandenburg regional '93, Potsdam, 1994.
23. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1994 bis 1997 (1998), Deutscher Bundestag, Drucksache 12/7175, Bonn, 1994.
- RUDOLPH, H.: Beschäftigungsstrukturen in der DDR vor der Wende, In: IAB (Hrsg.) 1990: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 23. Jahrgang, Heft 4 1990.
- Statistisches Jahrbuch 1992 für die Bundesrepublik Deutschland, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 1992.
- Statistisches Jahrbuch 1993 für die Bundesrepublik Deutschland, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 1993.
- Veröffentlichungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik, Land Brandenburg.